

Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern : Bericht der Präsidialabteilung

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...**

Band (Jahr): - (1957)

PDF erstellt am: **26.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-417547>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

BERICHT
ÜBER DIE
STAATSVERWALTUNG
DES KANTONS BERN
FÜR DAS JAHR 1957

Bericht der Präsidialabteilung

Regierungspräsident: Vom 1. Januar bis 31. Mai: Regierungsrat **Dr. R. Bauder**
Vom 1. Juni bis 31. Dezember: Regierungsrat **H. Huber**

Vizepräsident des } Vom 1. Januar bis 31. Mai: Regierungsrat **H. Huber**
Regierungsrates: } Vom 1. Juni bis 31. Dezember: Regierungsrat **W. Siegenthaler**

Volksabstimmungen

Im Jahr 1957 fanden 3 kantonale und 2 eidgenössische Abstimmungen über insgesamt 10 kantonale und 4 eidgenössische Vorlagen statt.

1. Kantonale Volksabstimmungen

Die erste Abstimmung wurde auf den 3. März angesetzt. Die Stimmberechtigten hatten sich über folgende 5 Vorlagen zu äussern:

- a) Für das *Gesetz über die Mittelschulen* wurden 73 905 Ja und 30 728 Nein abgegeben. Mit einer annehmenden Mehrheit von 43 177 wurde die Gesetzesvorlage somit angenommen.
- b) *Gesetz über die Geldbeschaffung zur Bekämpfung der Tuberkulose, Kinderlähmung, Rheumakrankheiten und anderer langdauernder Krankheiten.* Mit einer annehmenden Mehrheit von 79 327 bei 93 714 Ja und 14 387 Nein ist diese Vorlage ebenfalls angenommen worden.
- c) *Volksbeschluss über die Beteiligung des Staates Bern am Umbau des SBB-Personenbahnhofes Bern und an der unterirdischen Einführung der Solothurn-Zollikofen-Bern-Bahn.* Für die Bewilligung der notwen-

gen Kredite sprachen sich 77 795 Bürger aus, dagegen 29 360. Die annehmende Mehrheit betrug somit 48 435 Stimmen.

- d) *Volksbeschluss über den Umbau der Gebäude Kramgasse 20-24 und Metzgergasse 17-21.* Diese Vorlage wurde mit einem Zufallsmehr von 337 Stimmen verworfen, wobei sich 51 440 Bürger für und 51 777 gegen die Bewilligung der notwendigen Kredite aussprachen.
- e) *Volksbeschluss über den Umbau und die Erweiterung von bestehenden Gebäuden des Botanischen Institutes der Universität Bern.* Die Umbaukredite wurden mit 56 433 gegen 48 165 Stimmen, also mit einer Mehrheit von 8268 Stimmen bewilligt.

An dieser Abstimmung beteiligten sich 44,65%. Es gingen von 251 561 Stimmberechtigten 112 335 an die Urne.

Die 2. kantonale Abstimmung fand am 2. Juni statt. An diesem Tage wurde dem Bernervolk zur Abstimmung unterbreitet:

- a) Der *Gesetzesentwurf über die kantonalen Technischen Schulen,*
- b) der *Volksbeschluss über Um- und Neubauten im Lehrerseminar Bern-Hofwil,*

c) der *Volksbeschluss betreffend Bau und Einrichtungsbeiträge an das Verpflegungsheim Frienisberg.*

Für diese 3 Vorlagen bemühten sich nur 16,32% oder 41 042 Bürger von insgesamt 251 384 an die Urnen.

Der Gesetzesentwurf wurde angenommen mit 25 808 Ja gegen 13 865 Nein, mit einer Mehrheit von 11 943 Stimmen.

Der Kredit für den Umbau am Lehrerseminar Hofwil wurde bewilligt mit 25 367 Ja gegen 14 970 Nein (annehmende Mehrheit 10 397) und der Beitrag an den Bau und die Einrichtung des Verpflegungsheims Frienisberg mit 30 181 Ja gegen 10 129 Nein, also mit einer Mehrheit von 20 052 Stimmen.

Die letzte kantonale Abstimmung fand am 24. November statt. Das Volk entschied dabei über folgende 2 Vorlagen:

a) *Volksbeschluss über den Umbau der Kramgasse 20–24 und Metzgergasse 17–21 in Bern.* Der in der Abstimmung vom 3. März abgelehnte Kredit wurde diesmal für die unveränderte Vorlage bewilligt mit 53 201 Ja gegen 35 629 Nein, also mit einer Mehrheit von 17 572 Stimmen.

b) *Volksbeschluss über die Aufnahme von Anleihen zur Konsolidierung der schwebenden Schuld des Staates bei der Kantonalbank und der Hypothekarkasse und zur Erhöhung der Dotationskapitalien der beiden Staatsbanken.* Diesem Antrag stimmte das Bernervolk zu mit 54 290 Ja gegen 33 666 Nein, also mit einem Mehr von 20 624 Stimmen.

Ihrer Bürgerpflicht kamen 37,72% nach oder 94 223 Stimmberechtigte von insgesamt 252 420.

2. Eidgenössische Volksabstimmungen

Die beiden eidgenössischen Volksabstimmungen konnten mit kantonalen Abstimmungen zusammengelegt werden. Sie betrafen:

a) Am 3. März den *Bundesbeschluss über die Ergänzung der Bundesverfassung durch einen Artikel 22^{bis} über den Zivilschutz*, der mit 57 461 Ja gegen 52 295 Nein mit einer Mehrheit von 5166 Stimmen im Kanton Bern angenommen wurde.

Den *Bundesbeschluss über die Ergänzung der Bundesverfassung durch einen Artikel 36^{bis} betreffend Rundspruch und Fernsehen*, welcher mit einer Mehrheit von 26 997 Stimmen verworfen wurde, wobei 41 440 Ja 68 419 Nein gegenüberstanden.

Die Stimmbeteiligung betrug 44,12%, indem von 252 310 Stimmberechtigten 112 518 an die Urne gingen.

b) Am 24. November den *Bundesbeschluss über die Ergänzung der Bundesverfassung durch einen Artikel 24^{quinqüies} betreffend Atomenergie und den Strahlenschutz*, der im Kanton Bern angenommen wurde mit 69 479 Ja gegen 21 449 Nein, also mit einer Mehrheit von 48 030 Stimmen.

Bundesbeschluss über die befristete Verlängerung der Geltungsdauer der Übergangsordnung betreffend die Brotgetreideordnung des Landes. Dieser wurde im Kanton Bern angenommen mit 63 931 Ja gegen 27 926 Nein, so dass die annehmende Mehrheit 36 005 Stimmen betrug.

Bei diesen Abstimmungen sind nur 37,35% der

Stimmberechtigten ihrer Pflicht nachgekommen, nämlich 94 427 von insgesamt 252 850.

Es muss neuerdings darauf aufmerksam gemacht werden, dass bei derartig schwachen Stimmbeteiligungen in eidgenössischen Abstimmungen das Gewicht des Kantons Bern nicht zum Ausdruck kommt. Trotzdem in diesem Jahr erstmals Erleichterungen für die Stimmgabe geschaffen wurden, hat sich die Stimmbeteiligung nicht gebessert und liegt im Kanton Bern immer noch unter dem eidgenössischen Durchschnitt.

Vertretung des Kantons Bern in der Bundesversammlung

Ständerat Rudolf Weber, Grasswil, trat auf das neue eidgenössische Geschäftsjahr zurück. Der Regierungsrat spricht, soweit an ihm, diesem gewiegten Parlamentarier für seine langjährige Arbeit im Dienste des Bernerlandes den besten Dank aus.

In der Novembersession des Grossen Rates wurden als Mitglieder des Ständerates gewählt a. Regierungsrat Georges Moeckli, Delsberg, und neu Regierungsrat D. Buri, Etzelkofen.

Diese Wahl bedeutete das Ausscheiden von Regierungsrat Buri aus dem Nationalrat. Der erste Ersatzmann der Liste der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei Emmental-Jura-Mittelland-Oberaargau-Seeland, Fritz Geissbühler, Landwirt in Zollbrück, rückte an dessen Stelle in den Nationalrat nach.

Grosser Rat

Der Grosse Rat hielt 4 Sessionen ab (davon eine ausserordentliche im Februar) mit insgesamt 37 Sitzungen.

Bis zum 31. Mai amtierte als Präsident Dr. Reynold Tschäppät, Adjunkt der eidgenössischen Polizeibehörde in Bern.

Für das Amtsjahr 1957/58 wurde der 1. Vizepräsident, Hans Tschanz, Landwirt und Nationalrat in Grossehöchstetten, als Grossratspräsident gewählt. Als Vizepräsidenten bestätigte der Rat Fürsprecher Jules Schlappach in Tavannes und wählte neu Walter König, Gemeinderat in Biel.

Aus dem Büro des Grossen Rates trat B. Ackermann, Bourrignon, zurück. Auf Vorschlag der Konservativ-christlich-sozialen Partei wählte der Rat darauf als neuen Stimmenzähler Charles Fleury, Fabrikarbeiter in Courroux.

In den ständigen Kommissionen des Grossen Rates fand in personeller Hinsicht bei der Paritätischen Kommission eine Änderung statt. Da nach der Geschäftsordnung des Grossen Rates das Präsidium dieser Kommission jedes Jahr zwischen dem alten Kantonsteil und dem Jura zu wechseln hat, wurde für 1957/58 Vizepräsident Erwin Schneider in Bern als Präsident, und Fürsprecher Maurice Brahier in Moutier neu als Vizepräsident gewählt. An Stelle des infolge seiner Wahl zum Regierungstatthalter von Nidau aus der Kommission austretenden Fred Lehmann in Brügg, wählte der Rat Emil Denzler in Twann.

Im Grossen Rat fanden im Berichtsjahr folgende *Wahlen* statt:

a) Obergericht:

Obergerichtspräsident Otto Peter, der wegen Erreichung der Altersgrenze zurückgetreten ist, und für dessen Dienste um das bernische Justizwesen auch an dieser Stelle gedankt sein soll, wurde ersetzt durch Obergerichter Dr. Otto Kehrlı als Präsident, und durch den bisherigen Gerichtspräsidenten Emil Matter in Biel als Mitglied.

b) Verwaltungsgericht:

Der Präsident und nichtständige Vizepräsident, die 11 Mitglieder und die 5 Ersatzmänner. In bezug auf die personellen Änderungen wird auf den Verwaltungsbericht des Verwaltungsgerichtes verwiesen.

c) Kaufmännische Mitglieder des Handelsgerichts:

Peter Häslı, Kaufmann in Interlaken, Samuel Stämpfli, Buchdrucker in Muri, und Roger Weibel, Geschäftsführer in St-Imier, ersetzen die verstorbenen Mitglieder E. Büchler, Bern, J. Schneider, Unterseen, und H. Sauvant, St-Imier.

Kommission für Rindviehzucht

Hans Ägerter, Viehzüchter in Boltigen, Hans Berger, Landwirt in Langnau, und Willy Wäflı, Viehzüchter in Scharnachthal, ersetzen die wegen Ablaufes der Amtsdauer ausgeschiedenen E. Grossniklaus in Beatenberg, H. Moser, Trimstein, und O. Zingre, Ebnet Gstaad.

Als Mitglieder des Grossen Rates traten zurück Bernhard Ackermann, Bourrignon, Walter Aeberhard, Bern, Fritz Althaus, Rüfenacht, G. Häusler, Bütigen, und A. Stämpfli, Neuenegg, während Hans Anliker, Burgdorf, verstorben ist.

Der Regierungsrat dankt den ausgeschiedenen Grossratsmitgliedern für die im Parlament geleistete Arbeit.

An deren Stelle rückten in den Grossen Rat nach: Germain Joliat, Fabrikarbeiter in Courtételle (an Stelle von Remy Eschmann, Delsberg, der vor der Beeidigung schon wieder zurücktrat), Dr. Fritz Messer, Sektionschef der städtischen Steuerverwaltung, Bern, Fritz Roth, Walkmeister in Münsingen, Hans Schär, Uhrmacher in Büren, Fritz Steffen, Stationsgehilfe in Rosshäusern, und Fritz Berger, pens. Eisenwerker in Koppigen.

Folgende wichtige Geschäfte wurden im Berichtsjahr behandelt:

1. Verfassungsänderungen

Abänderung von Art. 26 Ziff. 9 und 12 der Staatsverfassung betreffend finanzielle Zuständigkeit des Regierungsrates.

2. Gesetze

Bauvorschriften, 2. Lesung.

Beiträge des Staates an die Kosten des Ausbaues wichtiger Gemeindestrassen, 1. und 2. Lesung.

Familienzulagen in der Landwirtschaft, 1. Lesung.

Kantonale technische Schulen, 2. Lesung.

Beitritt des Kantons Bern zum mittelschweizerischen Erdölkonkordat (Ergänzung zum Bergwerkgesetz vom 21. März 1853 wurde während der 2. Lesung vom Regierungsrat zurückgezogen).

3. Dekrete

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 21 Dekrete behandelt, worunter zahlreiche betreffend die Besoldungsverhältnisse des Staatspersonals und der Lehrerschaft, Ausführungsdekrete zum Lehrerbesoldungsgesetz sowie Dekrete betreffend Errichtung neuer Pfarrstellen. Daneben seien noch folgende Dekrete erwähnt:

Förderung der freiwilligen Krankenversicherung.

Reorganisation der Regierungsstatthalter- und Richterämter Aarberg, Büren und Fraubrunnen, mit welchen die bisherige Ämterzusammenlegung aufgehoben wurde.

4. Volksbegehren und Volksbeschlüsse

Zuhanden der Volksabstimmung wurden folgende Vorlagen bereinigt:

Aufnahme von Anleihen zur Konsolidierung der schwebenden Schuld des Staates bei der Kantonalbank und der Hypothekarkasse und zur Erhöhung der Dotationskapitalien der beiden Staatsbanken.

Bau- und Einrichtungsbeiträge an das Verpflegungsheim Frienisberg.

Neubau eines Institutes für exakte Wissenschaften.

Um- und Ausbau in der Heil- und Pflegeanstalt Münsingen.

Umbau der Gebäude Kramgasse 20-24 und Metzgergasse 17-21, Bern.

Um- und Neubauten im Lehrerseminar Bern-Hofwil.

5. Andere Geschäfte

Neben dem Staatsverwaltungsbericht, der Staatsrechnung und dem Voranschlag sind im Grossen Rat im Berichtsjahr noch insgesamt 269 Direktionsgeschäfte behandelt worden.

Als wichtigere mögen hier erwähnt werden:

Beitrag an die Arbeitsvermittlungsstelle für Behinderte; Kredite für die Uhrmacher- und Mechanikerschule sowie die gewerbliche Berufsschule St. Immer und die gewerbliche Berufsschule Pruntrut;

Kredit für die Erstellung einer Kinderlähmungszentrale sowie für die Weiterführung öffentlicher Impfaktionen für die Bekämpfung der Kinderlähmung und Schutzimpfung gegen die Tuberkulose;

Kredit für die Sanierung der Wohnverhältnisse in den Berggebieten;

Bewilligung eines Garantiekapitals an die Ausstellung Hypo II 1960;

Kauf der Schlossbesitzung Landshut in Utzenstorf.

6. Motionen, Postulate, Interpellationen und Einfache Anfragen

Aus dem Jahre 1956 waren im Berichtsjahr noch 7 Motionen zu behandeln. Es wurden 41 neue eingereicht. Von den 48 Motionen wurden im Jahr 1957 37 erledigt, wovon 8 durch Rückzug. Für die 11 verbleibenden wurde die Behandlung auf das Jahr 1958 verschoben. Aus dem

Jahre 1956 waren noch 4 Postulate hängig. Im Berichtsjahr wurden 26 neue eingereicht. Von den 30 Postulaten wurden vom Rat 21 behandelt. 3 konnten infolge Rückzuges abgeschrieben werden. 6 wurden auf das nächste Jahr verschoben.

Der Regierungsrat beantwortete 55 Interpellationen. 2 wurden zurückgezogen.

Einfache Anfragen wurden 44 schriftlich ausgeteilt.

Regierungsrat

Vom 1. Januar bis 31. Mai amtierte als Regierungspräsident der Direktor der Polizei, Dr. Robert Bauder. Am 1. Juni übernahm dieses Amt Regierungsrat Henri Huber, Direktor des Fürsorgewesens. Als Vizepräsident wählte der Grosse Rat Regierungsrat Walter Siegenthaler, Direktor der Finanzen und Domänen.

Der Regierungsrat behandelte in 104 Sitzungen 7707 Geschäfte gegenüber 7968 im Vorjahr.

Am 2. November verschied unerwartet Regierungsrat Dr. Max Gafner, Direktor der Justiz und des Militärs. Er wurde am 5. November unter grosser Beteiligung der Bundes-, Kantons-, Gemeinde- und Militärbehörden beigelegt. Regierungsrat Dr. Gafner hat dem Staat Bern mannigfaltige Dienste geleistet. In den Jahren 1928 bis 1938 gehörte er als verdienstvolles Mitglied dem Grossen Rate an und betätigte sich vielfach als Präsident in insgesamt 15 nichtständigen Kommissionen zur Vorbereitung von gesetzlichen Erlassen. Dem Nationalrat gehörte er in den Jahren 1930–1940 an. Er schied dort infolge seiner Wahl als Mitglied des Regierungsrates aus, weil in diesem Zeitpunkt bereits vier Mitglieder des Rates den eidgenössischen Kammern angehörten. Im Jahr 1941 wurde er als Regierungsrat gewählt und stund bis 1952 der Direktion der Volkswirtschaft und nachher der Justizdirektion vor. Bereits 1949 wurde ihm auch die Militärdirektion übertragen, welche er bis zu seinem Hinschied betreute. Regierungsrat Dr. Gafner hat während seiner Regierungstätigkeit verschiedene wichtige gesetzliche Erlasse vorbereitet. Als wichtigste seien erwähnt das Gesetz über die Versicherung der Gebäude gegen Feuergefahr, das Gesetz über den Warenhandel und das Wandergewerbe. Während der Kriegszeit förderte der Verstorbene den Abwehrkampf gegen die Wohnungsnot und bereitete eine vorsorgliche Arbeitsbeschaffung für die Kriegskrisenzeit vor. Der Volkswirtschaftsdirektion wurde auch das Kriegswirtschaftsamt angegliedert. Als Militärdirektor förderte er die Bestrebungen für baulichen Luftschutz (Zivilschutz) und als Justizdirektor hob er in einzelnen Amtsbezirken die bisherigen Ämterzusammenlegungen auf. Herr Dr. Gafner leistete somit insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet dem Staat Bern grosse Dienste, die ihn über die Grenzen des Kantons hinaus bekanntmachten. Der Regierungsrat dankt dem Verstorbenen auch an dieser Stelle für seinen Einsatz.

Nach dem Hinschied von Regierungsrat Dr. Gafner mussten die von ihm verwalteten Direktionen neu zugeteilt werden. Es wurde eine Direktion der Finanzen und Domänen und des Militärs neu gebildet, deren Leitung Herr Regierungsrat Siegenthaler übernahm. Die Justizdirektion betreute bis zum Amtsantritt eines neu-

gewählten Regierungsratsmitgliedes als Stellvertreter R. Gnägi. Die Stellvertretung der Militärdirektion übernahm Erziehungsdirektor Dr. V. Moine, jene der Erziehungsdirektion zusätzlich Regierungsrat R. Gnägi.

Die Ersatzwahl für den verstorbenen Regierungsrat Gafner fällt in das Jahr 1958.

Der Regierungsrat hat wie bisher die Weiterentwicklung im Jura aufmerksam verfolgt und in mehreren Sitzungen die Beziehungen des Staates Bern zu seinem jurassischen Landesteil besprochen. Von der Separatistenbewegung wurde eine kantonale Initiative gestartet für ein Gesetz betreffend die Durchführung einer Volksbefragung, um die Bestrebungen des jurassischen Volkes kennenzulernen. Diese Initiative wurde am 15. August in Umlauf gesetzt, so dass der Endtermin der Unterschriftensammlung auf den 15. Februar 1958 fällt.

Das EMD liess den Plan, in den Freibergen einen Panzerübungsplatz zu erstellen, fallen, nachdem der Regierungsrat weiter in dieser Angelegenheit vermittelte. In der Februarsession 1957 stimmte der Grosse Rat dem Ankauf der bezüglichen Parzellen durch den Staat Bern zu.

Die Gemüter im Jura wurden darauf von neuem aufgebracht durch Verhandlungen des EMD mit den Gemeinden Bure, Fahy, Courtemaiche und Courchavon und den dortigen Landbesitzern. In diesen Gemeinden wurde Land für einen Panzerübungsplatz sichergestellt. Die Meinungen in diesen Gemeinden und insbesondere in der Ajoie waren geteilt, so dass sich auch der Grosse Rat infolge eingereicher Motionen und einer Petition mit 2398 Unterschriften mit dieser Frage zu befassen hatte. Der Regierungsrat lehnte eine Intervention zur Verhinderung dieses Waffenplatzes bei den Bundesbehörden konsequent ab, in der Meinung, dass einer Armee Übungsplätze zur Verfügung gestellt werden müssen, und dass das beanspruchte Gelände zum grossen Teil nicht als wertvolles Kulturland bezeichnet werden konnte. Er nahm aber Verbindung mit den Bundesbehörden auf und wünschte, dass gleichzeitig mit diesem Landankauf auch eine grosszügige Güterzusammenlegung im betreffenden Gebiet durchgeführt werde, wobei die Eidgenossenschaft einen wesentlichen Teil der Kosten zu übernehmen habe. Diese Verhandlungen verliefen erfolgreich, so dass erwartet werden darf, dass durch den zustimmenden Bundesbeschluss vom 11. Dezember 1957 diese Gemeinden, und damit der ganze Amtsbezirk Pruntrut, wirtschaftlich Vorteile ziehen werden.

Aus dem Abschnitt «Volksabstimmungen» des vorliegenden Berichtes geht hervor, dass die Stimmbeteiligung sowohl in eidgenössischen wie in kantonalen Angelegenheiten im Kanton Bern zu wünschen übrig lässt. Der Regierungsrat hat deshalb nach Kenntnisnahme der Berichte der Regierungsstatthalter über die von ihnen in Ausführung des Dekretes über das Verfahren bei Volksabstimmungen und Wahlen (Abänderung und Ergänzung) getroffenen Massnahmen eine Konferenz der Regierungsstatthalter einberufen. Der Staatsschreiber wurde beauftragt, in dieser ein Referat über die Neuerungen zu halten und den Regierungsstatthaltern ihre Pflichten und Rechte im Wahl- und Abstimmungswesen in Erinnerung zu rufen.

Über die einzelnen andern wichtigeren Geschäfte, die im Regierungsrat behandelt wurden, verweisen wir auf die Verwaltungsberichte der Direktionen.

Bezirksbeamte

Im Berichtsjahr traten im Bestand der Bezirksbeamten folgende Änderungen ein:

Aarberg: Durch Dekret des Grossen Rates vom 20. Februar 1957 betreffend die Organisation des Regierungstatthalter- und Richteramtes Aarberg wurde die bisherige Ämtervereinigung aufgehoben. Der Amtsinhaber Ernst Zingg entschied sich für das Amt des Regierungstatthalters. Als neuer Gerichtspräsident wurde im stillen Wahlgang gewählt Bruno Lerch, bisher Gerichtsschreiber in Aarberg, und an dessen Stelle als Gerichtsschreiber/Betreibungsbeamter Georg Kunz, bisher juristischer Sekretär am Richteramt Thun.

Bern: Infolge seiner Wahl zum Staatsanwalt des Mittelandes trat Gerichtspräsident Fürsprecher Theodor Jenzer zurück. Die Ersatzwahl fällt in das nächste Berichtsjahr.

Gestützt auf das Dekret vom 19. November 1956 betreffend die Organisation der Betreibungsämter und des Konkursamtes des Amtsbezirks Bern waren zwei weitere Betreibungs- und Konkursbeamte zu wählen. Es wurden gewählt Dr. jur. Max Bütikofer, bisher Adjunkt des Betreibungs- und Konkursamtes Bern, und Dr. jur. Rudolf Ryf, bisher kantonaler Beamter.

Biel: Fürsprecher Emil Matter wurde zum Oberrichter gewählt. Er wurde ersetzt durch Fürsprecher Vinzenz v. Steiger, bisher Gerichtsschreiber am Bezirksgericht in St. Gallen.

An Stelle des zurückgetretenen Betreibungs- und Konkursbeamten Rudolf Roth wurde neu gewählt Arthur Hirt, der bisherige Stellvertreter.

Büren: Durch Dekret vom 9. September 1957 wurde im Amtsbezirk Büren das Amt des Regierungstatthalters/Gerichtspräsidenten getrennt. Der bisherige Amtsinhaber, Hans Georg Hugi, entschied sich für das Amt des Gerichtspräsidenten. Die Neuwahl des Regierungstatthalters fällt in das Jahr 1958.

Fraubrunnen: Auch in diesem Amtsbezirk ist durch Dekret des Grossen Rates vom 9. September 1957 die Ämterzusammenlegung aufgehoben worden. Der bisherige Amtsinhaber, Dr. Hans Leuenberger, entschied sich für das Amt des Regierungstatthalters. Die Wahl des Gerichtspräsidenten fällt in das Jahr 1958.

Frutigen: An Stelle des zurückgetretenen Betreibungs- und Konkursbeamten/Gerichtsschreibers Rolf Tschanz wurde Fürsprecher Lorenz Schär in Frutigen als gewählt erklärt.

Nieder-Simmental: An Stelle des zurückgetretenen Gerichtspräsidenten/Regierungstatthalters Karl Barben wurde gewählt Arthur Ott, Fürsprecher in Spiez.

Bei all diesen Ersatzwahlen wurden jeweils nicht mehr Kandidaten aufgestellt, als Sitze zu besetzen waren. Überall konnten deshalb stille Wahlen stattfinden.

Amtsrichter

Im Bestande der Amtsrichter traten im Laufe des Jahres folgende Änderungen ein:

Biel: Infolge Erreichung der Altersgrenze trat auf Ende des Jahres Alfred Tschäppät-Kämpfer in Biel zurück und wurde ersetzt durch Walter Stauffer, Amtsvor mund in Biel.

Burgdorf: An Stelle der zurückgetretenen Walter Baumann in Burgdorf und Wilhelm Lehmann in Biembach wurden Albert Kreuter, Konsumverwalter in Oberburg, und Paul Aebi, Landwirt in Heimiswil, gewählt.

Frutigen: Infolge Erreichung der Altersgrenze trat Ernst Schneiter, Faltschen, zurück und wurde durch Fritz Wittwer, Landwirt und Viehzüchter in Reichenbach, ersetzt.

Laufen: An Stelle des zurückgetretenen Fritz Anklin in Zwingen wurde André Müller, Chauffeur und Gemeinderat in Zwingen, gewählt.

Münster: Infolge Erreichung der Altersgrenze trat Jean Schaffter in Münster zurück und wurde Paul Mercerat, gérant in Münster, gewählt.

Pruntrut: An Stelle des verstorbenen Charles Doman in Pruntrut wurde René Bourquenez, tourneur in Fontenais, gewählt.

Schwarzenburg: Infolge Erreichung der Altersgrenze trat Paul Flückiger in Schwarzenburg zurück und wurde durch Ernst Binggeli, Baumeister in Schwarzenburg, ersetzt.

Signau: An Stelle des zurückgetretenen Ernst Mühlemann in Langnau wurde Walter Rickli, Spitalverwalter in Langnau, gewählt.

Trachselwald: An Stelle des zurückgetretenen Max Stirnemann in Grünen wurde Gottfried Wälti, Landwirt in Fürten/Grünen (Sumiswald), gewählt.

Amtsgerichts-Ersatzmänner

Aarwangen: An Stelle des durch Erreichung der Altersgrenze zurückgetretenen E. Born, Schwarzhäusern, wurde Ernst Meyer, Landwirt in Bannwil, gewählt.

Biel: An Stelle der im Jahre 1956 zu Amtsrichtern gewählten Norbert Guenin und E. Rufer wurden Jean Junod, représentant, und Moritz Leutwyler, Weibel, beide in Biel, gewählt.

Burgdorf: An Stelle der zu Amtsrichtern gewählten K. Baumann und Paul Aebi wurden Albert Kreuter, Konsumverwalter in Oberburg, und Hermann Bürgi, Notar in Kirchberg, gewählt.

Die Ersatzwahl für den zum Amtsrichter gewählten A. Kreuter erfolgt im Jahre 1958.

Frutigen: An Stelle des verstorbenen Hans Thomi wurde Samuel Wittwer, Schlosser in Reichenbach, gewählt.

Laupen: An Stelle des zurückgetretenen Alfred Morgenegg, Münchenwiler, wurde Fritz Herren, Landwirt und Gemeindeschreiber in Clavaleyres, gewählt.

Münster: An Stelle des zurückgetretenen Benoit Berger, Tavannes, wurde Robert Brunner, agriculteur in Souboz, gewählt.

Oberhasli: An Stelle der im Jahre 1956 zu Amtsrichtern gewählten Hans Sulzer, Meiringen, und Chr. Zumbunn, Unterbach/Meiringen, wurden Alfred Schild, Angestellter SBB in Meiringen, und Karl Wenger, Schreinermeister in Innertkirchen, gewählt.

Schwarzenburg: An Stelle des zum Amtsrichter gewählten E. Binggeli, Schwarzenburg, wurde Walter Zwahlen, Typograph in Schwarzenburg, gewählt.

Thun: An Stelle des zurückgetretenen Joh. Ed. Mühlemann, Thun, wurde Adolf Michel, Schlosser in Thun, gewählt.

Trachselwald: An Stelle des zum Amtsrichter gewählten G. Wälti, Fürten, wurde Hans Fahrni, Lehrer in Wyssachen, gewählt.

Bei allen diesen Ersatzwahlen war ein öffentlicher Wahlgang nur im Amtsbezirk Frutigen notwendig. In den andern Amtsbezirken wurden nicht mehr Vorschläge eingereicht als Sitze zu bekleiden waren, so dass die Nachfolger vom Regierungsrat als gewählt erklärt werden konnten.

Staatskanzlei

Folgende Zahlen geben Auskunft über den Geschäftsgang des Jahres (Vorjahr):

An die Direktionen überwiesene Eingänge: 1719 (2012).
Überweisungen an den Grossen Rat: 522 (448).

Drucksachenbestellungen: Verkaufspreis: Fr. 129 671.90 (Fr. 97 198.60).

Beglaubigung von Unterschriften: 30 409 (30 020), für welche Gebühren von Fr. 37 103.45 (Fr. 36 630.15) verrechnet wurden; davon vom Regierungsstatthalter oder von Gemeinden Fr. 24 844 (Fr. 24 602), belegt vom Legalisationsbureau oder durch Barverkauf Fr. 12 259.45 (Fr. 12 028.15).

Im Anweisungsverkehr wurden 2573 (2565) Geschäfte erledigt, die den Ertrag an Gebühren von Fr. 210 639.95 (Fr. 202 372.40) ergaben.

Die französische Abteilung besorgte 3853 Geschäfte, wovon 1072 des Regierungsrates. Die zahlreichen Arbeiten und Übersetzungen für die Veröffentlichung im französischen Amtsblatt sind noch dazuzurechnen.

Benützung des Rathauses

Im Laufe des Berichtsjahres wurden im Grossratsaal 88 Sitzungen, davon 27 Stadtratssitzungen, abgehalten und die Rathaushalle für 24 Anlässe benützt. Die Kommissionszimmer wurden von den Direktionen für 226 Sitzungen benützt, wozu noch 37 Kommissions-sitzungen des Grossen Rates kommen.

Sowiet es sich bei der Benützung der Räumlichkeiten im Rathaus nicht um amtliche Anlässe handelt, wurden zur Deckung der Selbstkosten Gebühren erhoben, die im Berichtsjahr den Betrag von Fr. 7262.60 (inkl. Stadtrat Fr. 2420.40) erreichten.

Ferner erfolgten auf Anmeldung hin 322 Besuche unseres Rathauses mit rund 4350 Personen. Ungefähr $\frac{3}{4}$ dieser Besuche fiel wiederum auf Schulen und Vereine.

Tätigkeitsbericht des Staatsarchivs

I. Personelles

Am 1. Januar 1957 traten der neue Adjunkt, Christian Lerch, und am 15. März 1957 der neue wissenschaftliche Assistent, Dr. Heinz Weilenmann, ihre Stellen an.

II. Benutzung

Das Staatsarchiv wurde von 346 Besuchen mit 2440 Besuchern in Anspruch genommen. Wappenauskünfte wurden 1056 mündlich und 497 schriftlich erteilt.

III. Zuwachs

Das Staatsarchiv hat im Berichtsjahr zwei wertvolle Geschenke erhalten, von denen das eine die bernische Heimatkunde, das andere die politische Geschichte Berns im Zeitalter der Mediation betrifft.

Der Leiter des Schweizerischen Schul- und Volkskinos, Herr Direktor M. R. Hartmann, hat dem Staatsarchiv in dankenswerter Weise die handschriftlichen Aufzeichnungen seines Vaters zur oberländischen Geschichte und Volkskunde übergeben. Es handelt sich dabei um eine vielbändige Sammlung von Notizen, Quellenhinweisen und Abschriften, die der verdiente Pionier der oberländischen Fremdenindustrie und Direktor des oberländischen Verkehrsvereins, Hermann Hartmann, teilweise als Vorarbeit für sein geschätztes Werk «Das Berner Oberland in Geschichte und Sage» unermüdetlich zusammengetragen hat. Das durch alphabetische Registerbände mustergültig erschlossene Material wird dem Staatsarchiv ausgezeichnete Dienste leisten.

Die zweite bedeutende Handschriftengruppe, die dem Staatsarchiv aus bernischem Privatbesitz zugekommen ist, betrifft einen Teil des Nachlasses des bernischen Schultheissen und eidgenössischen Landammanns und Generals, Niklaus Rudolf von Wattenwyl. Die Schenkung umfasst, neben Schriften aus der Zeit der Helvetik, die politische Korrespondenz der Jahre 1802 bis 1805 und zeichnet sich durch den Reichtum an Originalbriefen von Staatsmännern dieser Zeit aus. Sie bildet eine sehr wichtige Ergänzung des Aktenmaterials des Geheimen Rates der Mediationszeit.

Anderer, weniger bedeutender Geschenke an Handschriften, Bildern und Plänen, sei hier gesamthaft dankend gedacht.

Durch Kauf hat das Staatsarchiv unter Mitwirkung der Bürgerbibliothek einen weitem Teil des Herrschaftsarchivs von Münchenwyler an einer Genfer Auktion erworben, ferner eine kalligraphisch und als Zeitdokument hervorragende Ehrenurkunde für den Sieger von Vilmergen, Venner Samuel Frisching.

An Ablieferungen der Verwaltung sind in erster Linie die Zuweisung von zirka 1380 Kontraktenmanualen und Notariatsprotokollen aus dem 18. und 19. Jahrhundert durch das Grundbuchamt Bern, die Ablieferung der laufenden Akten 1932/36, nebst Reglementsmerkungen 1919/23, in zusammen 88 Theken durch die Gemeindedirektion und die Ablieferung der Legalisationskontrollen 1946/53 und der Abstimmungsprotokolle 1951/57 durch die Staatskanzlei zu nennen. Der Schulinspektor

des Kreises VII liess dem Staatsarchiv 11 Bände Schulkontrollen, und der Kantonsoberingenieur 22 Pläne der Bielerseestrasse 1835–1840 zukommen. Ausserdem wurden von einigen Dienststellen dem Archiv Akten zur vorübergehenden Aufbewahrung überwiesen.

Die Bibliothek vermehrte sich um 419 Bände, 260 Broschüren und 94 Blätter, wovon 231 Bände, 234 Broschüren und 75 Blätter dem Archiv geschenkt oder abgeliefert wurden.

IV. Allgemeine Verwaltung

In der alten Abteilung (bis 1831) wurde die Revision der Urkundenbestände fortgesetzt. Vom «Äussern Archiv» wurden in einer grossen Anzahl von Gruppen die Urkunden gereinigt, neu verpackt und neu registriert. Es betraf dies die Fächer Freiburg, Freiburg/Greyerz, Freiburg/Murten, Genf, Luzern, Neuenburg, Solothurn, Waadt, Wallis, andere Kantone, ferner das Fach Kyburg und an Urkunden des Auslandes die Fächer Deutschland, Frankreich, Savoyen/Sardinien, Mailand/Venedig, Rom, Neapel, Österreich, Niederlande. Eine eingehende Behandlung erfuhr das bisher nicht bearbeitete Fach der Urkunden des Deutschen Ordens.

In der alten Abteilung wurde ferner mit der Sichtung und Neuordnung der Akten des Kirchen- und Schulrats der Mediations- und Restaurationszeit begonnen. Bearbeitet, d. h. nach allgemeinen und lokalen Gruppen getrennt und vorgeordnet sind die Akten der Jahre 1803 bis 1825.

In der neuen Abteilung wurde die Abteilung Gemeindewesen von 1831 bis 1925 weiter bearbeitet. Für die Amtsbezirke Moutier, La Neuveville, Nidau, Oberhasli und Pruntrut wurden die Akten gesichtet, nach Gemeinden geordnet und innerhalb derselben chronologisch aufgestellt.

Neu bearbeitet wurde in der neuen Abteilung die Abteilung der Hochschulakten seit 1831; für die Jahre 1835 bis 1913 ist das Material vorgeordnet.

Eine Neuauftellung erfuhr die Handbibliothek im Lesesaal.

Die Aktion der Sicherung wertvoller Archivbestandteile durch Mikrofilmaufnahmen, konnte dank dem zur Verfügung gestellten letzten Kredit von Fr. 30 000 im Berichtsjahr zu Ende geführt werden. Es wurden insgesamt zirka 840 000 Aufnahmen hergestellt, in Film Dosen verpackt und an ihren Bestimmungsort verbracht.

V. Inventare und Register

Die Erschliessung der Ämterbücher wurde fortgesetzt. Behandelt wurden die Ämter Courtelary, Frienisberg, Stadtgericht Bern und die vier Landgerichte Konolfingen, Seftigen, Sternenbergr und Zollikofen.

Die Reinschrift des Gesamtregisters der Regierungsratsprotokolle von 1895 bis 1904 wurde im Berichtsjahr zum Abschluss gebracht.

Für die oben erwähnten revidierten Urkundenfächer wurden neue Inventare erstellt. Für die neu aufgestellte Lesesaal-Handbibliothek wurde ein neuer Verfasser- und Materienkatalog erstellt, ebenso ein Inventar über die im sog. Planschrank befindliche Plansammlung.

Als freiwilliger Mitarbeiter des Staatsarchivs hat Herr E. F. Gruber-v. Fellenberg die Anlage eines Sachregisters zu den Kontraktenmanualen und Notariatsprotokollen für das Gebiet der Gemeinde Bern in Angriff genommen.

Fortgesetzt wurden das Emblemenverzeichnis zur Wappenkartei, nachgeführt die Karteien der Gutachten, der Gesetze und Verordnungen, der Auszüge aus dem «Bund» und der Bibliothek.

VI. Führungen und Ausstellungen

Führungen im Staatsarchiv, verbunden mit Ausstellungen, fanden statt für drei 2. Klassen des Oberseminars und einen Sonderkurs, für eine Klasse des Seminars Muristalden, für die Fortbildungsschule der P.T.T., für die Frauenarbeitsschule, für eine Klasse der Übungsschule Länggasse, für das Personal der Staatskanzlei und für eine Gruppe amerikanischer Mennoniten. Eine Gruppe jugoslawischer Archivbeamter und Beamtinnen aus Belgrad stattete anlässlich einer Studienreise dem Staatsarchiv einen Besuch ab.

Durch Leihgaben von Urkunden und andern Dokumenten beteiligte sich das Staatsarchiv an der Jubiläumsausstellung 700 Jahre Wangen und an einer anlässlich der Renovation der Kirche in Pieterlen veranstalteten Ausstellung.

VII. Lehrerfortbildungskurse

Im Berichtsjahr fand unter Leitung des Adjunkts Lerch wiederum ein von der bernischen Vereinigung für Handarbeit und Schulreform organisierter Kurs für geschichtliche Heimatkunde und Urkundenlesen statt.

VIII. Wissenschaftliche Arbeiten, Berichte und Gutachten

Der Staatsarchivar und einzelne Beamte beteiligten sich mit Aufsätzen zur Archiv-, Schul- und Landesgeschichte an wissenschaftlichen und landeskundlichen Veröffentlichungen. Erwähnt sei ferner das von Adjunkt Lerch verfasste historische Festspiel zur 700-Jahr-Feier von Wangen.

Aus den Beständen des Staatsarchivs bearbeitete Prof. Hermann Rennefahrt weiterhin seine Sammlung bernischer Rechtsquellen, aus der als nächster Band die Rechtsquellen zur bernischen Verfassungsgeschichte erscheinen werden.

Im Auftrag der Schweizerischen Gesellschaft für Volkskunde sammelt Dr. h. c. R. Marti-Wehren volkskundliche Nachweise aus Chorgerichtsmanualen, Kapitelsakten und Turmbüchern.

IX. Bezirks- und Gemeindearchive

An Berichtarchiven wurden im Berichtsjahr dasjenige des Richteramts Biel und die Archive von Delsberg, Courtelary, Münster und Pruntrut besichtigt und Ratschläge für Aufstellungen oder Entlastung erteilt.

Ratschläge für die Ordnung von Gemeindearchiven wurden in Epauvillers und Epiquez, für die Ordnung des Pfarrarchivs in Affoltern i. E. gegeben.

**X. Ehemals fürstbischöflich-baselsches
Archiv**

Die Inventarisierung der Abteilung A 37 «Collège de Porrentruy» wurde zum Abschluss gebracht und die Sichtung und Klassierung der Abteilung B 135 «Bereine» (Reconnaissance des droits, des biens et des terres de l'évêque de Bâle dans sa principauté et en Alsace) in Angriff genommen.

Von der Sammlung der Pergamenturkunden des fürstbischöflichen Archivs (3470 Nummern) wurde ein chronologisches Verzeichnis erstellt.

In den Räumen des Bürgerarchivs von Pruntrut hielt Dr. André Rais vor jurassischen Lehrern und Schülern einen Vortrag über das von ihm betreute historische Archiv des Fürstbistums.

XI. Hallwyl-Archiv

Der Hallwyl-Fonds betrug am 1. Januar 1957 Fr. 16 304.50. Er beträgt am 31. Dezember 1957 Fr. 16 750.80. Die Zinseinnahmen beliefen sich auf Fr. 458.30. Es wurden in bescheidenem Umfange Werke über die Geschichte und Heimatkunde des Aargaus für die Bibliothek des Staatsarchivs angeschafft.

Bern, den 31. Mai 1958.

Der Regierungspräsident:

H. Huber

Vom Regierungsrat genehmigt am 27. Juni 1958.

Begl. Der Vize-Staatsschreiber: **H. Hof**